

Die Sozialdemokratie in der Krise

Martin Konecny und Hanna Lichtenberger

Dieser Titel ist genauso doppeldeutig gemeint, wie er gelesen wird. Auf der einen Seite wird immer offensichtlicher, dass die Sozialdemokratie, gerade auch die österreichische, sich in einer tiefen politisch-ideologischen Krise befindet und nicht in der Lage ist ein gegenhegemoniales Projekt zu formulieren. Andererseits agiert diese auch in Mitten der schweren wirtschaftlichen Krise, deren gesellschaftliche Dimensionen zunehmend zu Tage treten.

Unverständnis herrscht in den Reihen der SPÖ darüber, dass „wir“ diese Krise nicht nutzen können, war es doch die Sozialdemokratie, die immer schon vor „unregulierten Märkten“ gewarnt hatte und sozialdemokratische Errungenschaften verteidigte, die gerade jetzt die sozialen Auswirkungen der Krise abmildern.

So unverständlich scheint uns dieser Zusammenhang aber nicht; es geht uns im Folgenden darum, die Rolle der Sozialdemokratie im Neoliberalismus und dessen Durchsetzung kritisch zu rekonstruieren. Daran anschließend wollen wir- aus einem bestimmten Verständnis der gegenwärtigen Krise heraus- Perspektiven für eine sozialdemokratische Erneuerung darlegen und die Bedingungen einer Reformulierung linker Politik unter einer rechts-bürgerlichen Hegemonie in Österreich diskutieren.

Unsere **zentrale These** ist, dass die österreichische Sozialdemokratie in den letzten 30 Jahren so stark in den neoliberalen Umbau eingebunden war, dass mit der Krise des Neoliberalismus auch die SPÖ in eine existenzielle Krise gerät. Weil die Sozialdemokratie es in dieser gesamten Phase verabsäumt hat, einen grundlegenden Kurswechsel zu vollziehen, der auch auf einer Veränderung der innerparteilichen Kräfteverhältnisse und Logiken hätte basieren müssen, befindet sie sich heute in einer Situation, die weder ein vor noch zurück zulässt. Ein neues gegenhegemoniales Projekt muss außerhalb dieser Logiken entwickelt werden.

Sozialdemokratie unter bürgerlicher Hegemonie

Österreich ging in den 1970er Jahren einen Sonderweg innerhalb des kapitalistischen Zentrums. Während der Zusammenbruch von Bretton Woods und die anhaltende Wachstumsschwäche der kapitalistischen Metropolen den Anfang der Krise des Fordismus markiert, erlebte diese politische, ökonomische und soziale Regulationsweise während der

1970er Jahre in Österreich ihren eigentlichen Höhepunkt. Unter der Hegemonie einer reformistisch-korporatistischen Sozialdemokratie, wurde ein umfassendes Modernisierungsprojekt vollzogen. In diesem Zusammenhang kann man von „verspäteten Fordismus“¹ sprechen, die Phase der Regierungsperiode von Bruno Kreisky ist gekennzeichnet von durch antizyklischen Politiken, hohes Wirtschaftswachstum, niedrige Inflation und niedrige Lohnzuwächse. (Unger 2001, 48f)

Als Anfang der 1980er mit dem zweiten Öl-Preis-Schock die Krise des Fordismus auch Österreich erreichte und die klassischen Krisenbearbeitungsmechanismen des sog. Austro-Keynesianismus nicht mehr griffen, fanden auch die konservativen und neoliberalen Argumente von ÖVP und (einer wirtschaftsliberalen) FPÖ einen Anknüpfungspunkt im KleinbürgerInnentum, gerade auch in jenen Fraktionen, die durch die Politik der SPÖ in diese Klassenfraktion aufgestiegen waren. Mit Kampfbegriffen wie „SozialschmarotzerInnen“ wehrten sich die vermeintlichen „LeistungsträgerInnen“ gegen ihre Ausbeutung durch den Steuer- und Sozialstaat. Spätestens mit den Wahlen 1986 endete die sozialdemokratisch-reformistische Hegemonie (vgl. Atzmüller, 2002, 2) und an ihre Stelle trat eine rechts-konservative Hegemonie. Diese ist gerade dadurch gekennzeichnet, dass die zentralen Auseinandersetzungen nicht mehr zwischen Links und Rechts stattfinden, sondern zwischen bürgerlichen Klassenfraktionen selbst, ausgedrückt in den Kämpfen und Spaltungen zwischen ÖVO, FPÖ und später auch dem BZÖ. Trotz des verbreitenden Argumentes der bürgerlichen Demoskopie über den zunehmenden Anteil von WechselwählerInnen (der gerne auch von der SPÖ-Führung als Legitimation von Wahlniederlagen herangezogen wird), sticht doch ins Auge, dass es seit damals eine durchgehende Mehrheit der bürgerlichen Rechten gibt.²

In der ÖVP konnte sich jedoch vorerst der großkoalitionäre Flügel – der etwa aus VertreterInnen der Wirtschaftskammer und Teilen der ÖVP-Niederösterreich besteht- nach den Wahlen durchsetzen. Der Beitritt zur Europäischen Union, aber auch unzählige Privatisierungen mussten nun nicht gegen den Widerstand der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften durchgesetzt werden. Die SPÖ begriff nicht, welche Funktion sie als

¹ Den Begriff Fordismus verwenden wir kritisch im Sinne der Regulationstheorie. Fordismus bezeichnet demnach die ökonomischen, politischen (und ideologischen) Beschaffenheit des Kapitalismus, und meint die Phase nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre. Zentral für das fordistische Akkumulationsregime (Form der Mehrwertproduktion) sind Massenproduktion in tayloristischer Produktionsweise und Massenkonsum, die Regulationsweise bestimmt auch die gesellschaftlichen Verhältnisse im Rahmen des Akkumulationsregimes. (Vgl. Hirsch 2005)

² Die SPÖ tappt in diesem Zusammenhang auch in die Falle der bürgerlichen Demoskopie, welche immer wieder das Konstrukt von der FPÖ als „neue Arbeiterpartei“ bedient. Roland Atzmüller hat exemplarisch gezeigt, dass die modernen WählerInnenstromanalysen auf fragwürdigen Daten basieren, da innerhalb einer Legislaturperiode bis zu 1,8 Millionen Menschen den Wohnort wechsel, während diese Analysen von konstanten Größen ausgehen. Ebenso basiert die Einteilung der FPÖ als „neue Arbeiterpartei“ auf heute nicht mehr zutreffenden Unterscheidungen zwischen ArbeiterInnen und Angestellten (vgl. Atzmüller 2002)

Kanzlerpartei unter den Bedingungen einer rechts-konservativen Hegemonie und parlamentarischen Mehrheit ausübte. Mit Gramsci können wir in diesem Zusammenhang sagen, dass sie die Funktion eines „traditionellen Intellektuellen“ (Gramsci 1991, 1504) einnahm, und Teile der Subalternen an den neoliberalen Umbau der Gesellschaft band und diese dadurch einen größeren Konsens für das neoliberale Projekt organisierte. Nach dem vollzogenen EU-Beitritt Österreichs und wichtige „ökonomische Staatsapparate“ (Poulantzas, 2002, 201), also die verstaatlichte Industrie, zerschlagen waren, war das Ende der großen Koalition absehbar. (vgl. Atzmüller, 2002, 2) Mit dem Antritt der schwarz-blauen Regierung verlor die Sozialdemokratie ihre Funktion und auch ihre Identität als staatstragende Partei. Was mit der Sozialdemokratie in den 1980er und 1990er Jahren nicht umsetzbar war, vollzog die Schwarz-Blau in einem letzten Angriff auf die Apparate des fordistischen Wohlfahrtsstaates. Die Sozialdemokratie konnte in der Phase der Opposition kein gegenhegemoniales Projekt formulieren. Der Wechsel von Viktor Klima zu Alfred Gusenbauer, der von vielen als ein Linksruck der Partei wahrgenommen wurde, brachte aber nur auf der verbalen Ebene die Wiederbelebung sozialdemokratischer Forderungen, wie „Reichtum muss gerecht verteilt werden!“, die aber nicht an einen Bruch mit der neoliberalen Logik gekoppelt waren. Innerhalb dieser neoliberalen Hegemonie war für die sozialdemokratische Führung der Entwurf einer gesellschaftlichen Alternative nur noch als „solidarische Hochleistungsgesellschaft“ denkbar.

Durch die inneren Konflikte der autoritären Rechtsparteien BZÖ und FPÖ kam es 2006 zu einer neuerlichen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, allerdings wieder unter den Bedingungen einer rechten Mehrheit. Während die Interessen jener FunktionärInnenriege, die innerhalb der Staatsapparate Arbeitsplätze anstrebten, bedient werden konnten, verriet die SPÖ jene gesellschaftlichen Gruppen, die die SPÖ aus „Interesse“ gewählt hatten. Die Hoffnung der Mehrheit der Studierenden auf die Rücknahme der Studiengebühren wurden verraten³, und eine Generation von (angehenden) kleinbürgerlichen WählerInnen ging verloren. Trotz einer sozialdemokratischen Kanzlerschaft, blieben wichtige Staatsapparate unter ÖVP-Dominanz. Dies ist umso bedeutender unter Bedingungen des autoritären Etatismus (vgl. Poulantzas, 2002, 231ff.), der unter anderem durch eine Verschiebung von legislativen hin zu exekutiven Entscheidungsprozessen gekennzeichnet ist.

Die Sozialdemokratie nützte die Chancen einer Minderheitsregierung und einer damit verbundenen Wiederbelebung des Parlamentarismus mit seinen demokratisierenden und mobilisierenden Momenten nicht – was gerade unter jungen AktivistInnen, die sehr viel Zeit

³ Das zeigte sich auch einmal mehr während der „Unibrennt“ Bewegungen 2009, in der es die SPÖ völlig verabsäumte die Forderungen der Bewegung als Konflikt in der Koalition aufzugreifen.

und Kraft in den Wahlkampf gesteckt hatten, und auf einen Sieg der SPÖ gehofft hatten, zu hoher Frustration führte.

Zustand der Sozialdemokratie heute

Roland Atzmüller hat in einem Beitrag zur Lage der SPÖ die These aufgestellt, dass „[d]ie SPÖ [...] sich in einer Abwärtsspirale [befindet], weil sie nicht ausreichend erfasst hat, was die Veränderungen der Klassenstrukturen in Österreich seit den 1970er Jahren für ein erneuertes Projekt gesellschaftlicher Veränderungen bedeutet.“ (Atzmüller, 2009, 103). Zunächst hatte die sozialdemokratische Politik der 1970er Jahre selbst das hervorgebracht was wir mit Poulantzas als „neues KleinbürgerInnenentum“ bezeichnen. (Vgl. Poulantzas 1979, 209f) und in der bürgerlichen Soziologie fälschlicher Weise als Herausbildung einer „Mittelstandsgesellschaft“ verstanden wird. Während der Weiße, männliche Industriearbeiter, der einst sinnbildlich für die ArbeiterInnenklasse stand, nicht zuletzt durch die Privatisierungspolitik und die Entwicklung der Produktivkräfte an Bedeutung verlor, entstanden neue Fraktionen der ArbeiterInnenklasse. Diese sind oft gekennzeichnet durch einen hohen Frauen- und MigrantInnenanteil. Die SPÖ erkannte nicht, dass mit dieser Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenklasse auch neue Politikformen und Organisationsstrategien nötig wurden, ebenso wie die Konzentration auf die soziale Absicherung eines männlichen Familienernährers nicht mehr an den Interessen dieser neuen Klassenfraktionen anknüpfte. Wer die Sozialversicherungssysteme und Normalarbeitsverhältnisse gegen die Tendenz der Prekarisierung verteidigen will, der darf dies nicht gegen die Prekarisierten tun, sondern muss diese auch organisieren und für ihre spezifischen Interessen kämpfen. Infiziert von der neoliberalen Hegemonie glaubte die SPÖ die Lüge von der „Mittelstandsgesellschaft“ – damit einher ging die Orientierung auf die „neue Mitte“ und die instrumentelle Behandlung der ArbeiterInnenklasse als „ModernisierungsverliererInnen“, welchen „nur der Anschluss an die modernen Zeiten ermöglicht werden müsse“. Diese Sichtweise blendet aus, dass der Kapitalismus notwendigerweise *eine* ArbeiterInnenklasse braucht und sich kleinbürgerliche Lebensweisen nicht für alle verallgemeinern lassen.

Unter dem Einfluss der rechten Debatten, konstruierte die SPÖ migrantischen Teile der ArbeiterInnenklasse als ein Problem mit, das Politik von Oben zu lösen hat, statt in MigrantInnen eine soziale Basis für ein Projekt der Veränderung zu sehen.

Die veränderten Klassenverhältnisse hatten auch ihre Wirkung im Inneren der Partei. Waren sozialdemokratische FunktionärInnen früher an den Erfolg des sozialdemokratischen Reformprojekts gebunden, weil auch ihre persönlichen Karriereperspektiven an den

sozialdemokratischen Wahlerfolg und damit wachsende Ressourcen in den verschiedenen Staatsapparaten gebunden waren, kann die Führungsebene heute weitgehend unabhängig von den Interessen der Basis agieren (Atzmüller, 2009, 104). Die Parteispitze versteht Politik nur noch als „PR“, alle Widerstände und Kritik der Basis werden als „Kommunikationsproblem“ verstanden. Eine langfristige Orientierung an den Interessen und Initiativen der Subalternen ist so nicht möglich. Mit dem französischen Marxisten Louis Althusser gesprochen, „erscheinen die Massen als eine äußere Realität, der man die Ideen der Partei (ihrer Führung) bekannt machen muss.“ (Althusser 1978, 94). Damit einhergeht auch ein Absterben von sozialdemokratischen Strukturen und Vorfeldorganisationen. Wichtige Apparate, wie etwa Volkshilfe, ArbeiterInnen Mandolinenorchester, ARBÖ, uvm. haben entweder zu existieren aufgehört oder ihren politischen Bezug zur Sozialdemokratie verloren. Dadurch organisiert die Partei viel weniger Menschen in Strukturen und verliert eine wichtige Möglichkeit politisch und ideologisch in die Gesellschaft zu wirken.

Die Struktur der Partei gibt dieses Bild wieder, sie ist eine „Maschine“ (ebd. 119), die nicht darauf ausgelegt ist, dass breite Teile der Gesellschaft daran partizipieren. Die Partei wird zunehmend als Beute familiärer und freundschaftlicher Netzwerke gesehen, die als Sprungbrett in Staatsapparate und die Privatwirtschaft genutzt wird. Enge Verbindungen bestehen nicht zu den Massen, sondern zu bestimmten Fraktionen der herrschenden Klassen.

Dieses (Nicht-)Verhältnis zu den Massen wird, „wie in der bürgerlichen Praxis der Politik – von der Verachtung der Theorie und dem plattesten Pragmatismus begleitet. Verachtung der Mitglieder und der Massen geht immer einher mit Verachtung der Theorie und der konkreten Analyse.“ (ebd. 136). Anstelle von kritischen und marxistischen *Intellektuellen*, werden sog. „ExpertInnen“ dazu angehalten Positionen für die Sozialdemokratie zu erarbeiten. Darin kommt das zum Ausdruck, was Colin Crouch als Postdemokratie (vgl. Crouch, 2008²⁰⁰³,) bezeichnet – ExpertInnen denen der Mythos der Wissenschaftlichkeit anhaftet, erarbeiten scheinbar objektiv richtige Konzepte, welche den neoliberalen Umbau von Partei und Gesellschaft legitimieren. Der Erfolg eines Wahlkampfes hängt offensichtlich nicht mehr von der Mobilisierungsfähigkeit der Basis, sondern von der Kreativität der SpindoktorInnen und dem Ergebnis einer Regierungsbeteiligung ab.

Wirtschaftskrise und Sozialdemokratie

Was unter dem Begriff „Wirtschaftskrise“ gefasst wurde, ist das Ergebnis struktureller Überakkumulation, die unter der Hegemonie des Neoliberalismus durch eine Finanzialisierung weiter Bereiche der Ökonomie mittelfristig möglich wurde. Die politische Bearbeitung dieser

Konstellationen wollen wir als „krisenbedingten Etatismus“ bezeichnen. Der Staat, dessen Abwesenheit in den letzten Jahren bloße Ideologie war, kommt nun mit aller Macht wieder in jene Politikbereiche, deren Deregulierung im Neoliberalismus vorangetrieben wurden zurück. Auf der ideologischen Ebene scheinen die Dogmen des Neoliberalismus zerstört. Die Sozialdemokratie fühlte sich bestätigt in ihren angeblichen Warnung, die Märkte könnten sich nicht selbstregulieren. Tatsächlich ist sie aber selbst nur eine Getriebene, die unter der fortdauerenden Dominanz des Finanzkapitals dessen Interessen wahrte. Die Bankenrettungspakete stellen eine Materialisierung dieser Dominanz dar, und führten dazu, dass die Verluste sozialisiert werden. Die SPÖ hat diesem krisenbedingten Etatismus kein Projekt der Demokratisierung entgegenzusetzen. Dass Wirtschaftskrise und Krise der Sozialdemokratie zusammenhängen, erklärt sich eben gerade in ihrer Verstricktheit in der Implementierung des Neoliberalismus. Mit dem Ende des Neoliberalismus als ideologische Funktion, kommt auch ein Projekt von Sozialdemokratie zu einem Ende, wie es seit den 1990ern in Europa bestanden hatte. Ohne einen Zukunftsentwurf der an den Interessen der Massen ansetzt, wird sie dem angekündigten Sparmaßnahmen zur Sanierung des Staatshaushalten nicht entgegenzusetzen haben und ihre Verankerung in der ArbeiterInnenklasse weiter verlieren. Wurde die Sozialdemokratie in der Etablierung des Neoliberalismus noch zur Absicherung des Konsens der Subalternen gebraucht, kann es sein, dass sie in der Durchsetzung einer neuen Regulationsweise keine Existenzberechtigung mehr hat.

Erneuerung in der Krise?

Viele AutorInnen haben sich in der „Zukunft“, ein Magazin des BSA, bereits mit den Perspektiven sozialdemokratischer Politik beschäftigt, wobei unterschiedlichste Lösungsansätze entstehen. Bernhard Bauer entwickelt etwa die Forderung nach einer neuen „Funktionärselite“ [sic!] (Bauer, ZUKUNFT 12/2009, 34) aus WirtschaftswissenschaftlerInnen und AbsolventInnen technischer Studien. Dahinter steht ein spezielles Verständnis von Politik und Parteiarbeit, wie folgendes Zitat deutlich macht: „Die Menschen wollen, dass man Ihnen den Weg in eine alternative Zukunft zeigt und proaktiv an Probleme herangeht“. (Ebd.)

Es zeigt sich eine Verbürgerlichung des Politikverständnisses innerhalb der SPÖ. Erneuerung darf nicht in betriebswirtschaftlichen Modellen gedacht werden, und es wird klar, dass marxistische Theorie bitter nötig ist. Programme und politische Praxis einer Partei dürfen nicht von Außenstehenden bestimmt werden, „Eine Partei muß man in erster Linie daran messen, die Bedürfnisse und Initiativen der Volksmassen zu beachten“ (Althusser 1978, 138) bzw. zu begreifen.

Die Festung verlassen

Auch, wenn die SPÖ kein monolithischer Block (Poulantzas) ist, gibt es doch einen sichtbaren Bruch zwischen den veralteten Strukturen des Parteiapparates und den Massen. Diese Strukturen müssen überwunden werden und zwar in einer umfassenden Weise. Will die Sozialdemokratie ihr „Absterben“ verhindern, geht es um nichts Geringeres als einen neuen Politikbegriff und ein neues Verständnis ihrer Aufgaben innerhalb eines Projektes gesellschaftlicher Emanzipation.

Wenn die Sozialdemokratie ihre Krise weiter leugnet und die dringenden innerparteilichen Veränderungen verhindert, geht es der Führung nur darum, den derzeitigen Kurs zu legitimieren. Politik muss mehr sein, als Wahlkämpfe und Regierungsbeteiligung. Politik findet nicht nur innerhalb des Staates statt, sondern gerade auch in den vielfältigen Kämpfen der Subalternen. Um die Interessen dieser Subalternen in ein politisches Projekt aufnehmen zu können, muss die Sozialdemokratie daher eine Distanz zum Staat entwickeln und sich als Bewegung verstehen, die sich nicht einfach auf bestehende Initiativen von Unten „draufsetzt“ sondern als koordinierende Kraft für die vielen Kämpfe wirkt.

Es gilt das Augenmerk von der „Festung des Staates“ auf die politischen, ökonomischen und ideologischen Kämpfe der Subalternen zu richten und Mobilisierung statt Passivierung zu betreiben. Dass die Sozialdemokratie nicht einmal mehr im Karl-Marx Hof eine lebendige Sektion hat, steht sinnbildlich dafür, dass die SPÖ heute die falsche Festung verlassen hat. Dies wird nicht gelingen, ohne eine Demokratisierung der eigenen Strukturen. Nur, wenn die Subalternen sprechen können (Vgl. Spivak in Nelson/Grossberg 1988, 66-111) wird es möglich sein einen neuen historischen Block zu formieren.

Um diesen Ansprüchen gerecht werden zu können, darf die Partei nicht „wie alle anderen“ (Althusser, 1978, 143) sein, sondern muss sich von der „bürgerlichen Praxis der Politik“ (ebd.) unterscheiden. Konkret könnte es sich um folgende Leitlinien handeln:

Anstatt der Argumentation vom „Integrationsproblem“ weiter zu folgen und damit MigrantInnen zu objektivieren, würde es darum gehen, diese als soziale Kraft zu verstehen, die es nicht in eine „österreichische Kultur“ zu integrieren, sondern in einer klassenbasierten Partei zu organisieren gilt. In der derzeitigen Krise ist die SPÖ leicht versucht sich bessere keynesianische Zeiten herbeizusehnen. Es gilt aber die „multiplen Krisen“ (Brand 2009, 475) zu begreifen und eine Strategie zu finden, die mit dem letztendlich kapitalistischen Wachstumsparadigma, welches in einem grundlegenden Widerspruch zu dem langfristigen Überlebensinteressen der Menschheit steht, zu brechen und die damit verbundene imperiale Lebensweise (Ebd., 478) in Frage zu stellen.

Wie Brand mit Frigga Haug in einer der letzten Ausgaben der Zukunft, vorschlug könnten über eine Neudefinition von Arbeit zentrale gesellschaftliche Widersprüche miteinander verknüpft werden (Brand 2010). Eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich kann bestehende geschlechterspezifische Arbeitsteilungen verändern und Räume für politische Partizipation öffnen, sowie eine Grundlage für einen demokratisierten Zugang zu Bildung und Wissen legen. Dass dies heute nicht mehr nur ein Vorschlag auf dem Reißbrett ist, beweisen die Forderungen der Gewerkschaft in den diesjährigen Kollektivvertragsverhandlungen, die sich aus den Erfahrungen der Kurzarbeit speisen.

Wenn wir von der Bedeutung marxistischer Theorie für ein solches Projekt sprechen, dann geht es dabei nicht um die Wortradikalität, leere Theoriehülsen und die ‚Floskeln des vorigen Jahrhunderts‘, sondern darum mit der analytischen Kraft eines offenen Marxismus, die Gesellschaft zu begreifen und zu verändern. Die Aufgabe der Partei im 21. Jahrhundert besteht nicht mehr darin allein ein Kollektivsubjekt zu vertreten, sondern die vielen Kämpfe der Subalternen zusammenzuführen.

Welche Initiative braucht es?

Viele Generationen von Linken sind bereits mit dem ehrlichen Ziel angetreten, die Sozialdemokratie von innen zu verändern und die Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben. Aus unserer Analyse heraus bestand und besteht die meist angewendete Taktik in dem „langen Marsch durch die Institutionen“ oder wie es heute auch genannt wird „Schneckentempo-Taktik“. Es geht hierbei vor allem um FunktionärInnen aus Jugendorganisationen, die mit radikalen Ansprüchen, den oben beschriebenen Forderungen und dem entsprechenden theoretischen Background versuchen, sich in der innerparteilichen Hierarchie nach oben zu arbeiten und mit ihren eignen Netzwerken Kämpfe um einzelne Apparate oder gar Positionen führen. Diese Versuche sind bislang gescheitert.

Das Scheitern liegt daran, dass je länger diese Menschen vereinzelt und ohne politischen Reflexionsraum, in den Strukturen arbeiten, sie immer mehr den „realpolitischen“ Anforderungen zu entsprechen versuchen und das immer weniger hinterfragen. Es geht darum, was gesagt werden kann, darf oder was als anknüpfungsfähige Position erscheint. Gleichzeitig werden sie durch die strukturelle Logik der tagtäglichen (Partei-)Arbeit abgestumpft und vergessen den politisch-theoretischen Sinn hinter dieser Arbeit. Taktiken gewinnen die Oberhand, Strategien rücken soweit in der Hintergrund, dass sie oft gar nicht mehr relevant sind. Letztendlich liegt die zentrale Schwäche dieses Ansatzes in seinem, meistens unausgesprochenen Institutionalismus. Das bedeutet, dass die „lange Maschierenden“ sich nicht in einen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen

und Kämpfen stellen, oder in Kämpfen stehen, sondern versuchen die Partei durch das Besetzen bestimmter institutioneller Positionen zu besetzen damit der Logik der und Partei entsprechen. Das Fehlen von klar erkennbaren Strömungen in der österreichischen Sozialdemokratie, reduziert das Besetzen von Funktionen auf einzelne Personen ohne politische Zusammenhang außerhalb der Strukturen der Sozialdemokratie und damit begeben sie sich in die Logik der Sozialdemokratie.

Auch die Initiative „Wir sind SPÖ“, die nach der Bildung der Großen Koalition 2006 ins Leben gerufen wurde, und sich offen auftrat, ist bald gescheitert. Hier wurde das Momentum des aufkeimenden Widerstandes innerhalb der Organisation nicht genutzt um einen starken linken Flügel aufzubauen. Die vielen UnterstützerInnen, die dieses Projekt innerhalb weniger Tage gewann, wurden nur virtuell mobilisiert, die handelnden Personen schreckten aber davor zurück, sie auch organisatorisch an ein oppositionelles Projekt in der Sozialdemokratie zu binden. Stattdessen entschieden sie sich, die bereits zuvor verfolgte „Schneckentempo-Taktik“ weiter zu verfolgen.

Aus unserer Perspektive heraus benötigt es dringend einen Raum, der nicht mit den Strukturen der Sozialdemokratie ident ist und die Möglichkeit bietet über seine Rolle in der Sozialdemokratie und Strategie und Taktik für ein linkes Projekt gemeinsam zu entwickeln.

Mit den sozialdemokratischen Strukturen, in denen Linke heute arbeiten, gilt es nicht so sehr die „institutionelle“ Macht auszuweiten, sondern eine neue Praxis der Politik zu entwickeln. Wenn wir nicht in die bürokratische Logik verfallen wollen, also Verachtung von Theorie und Masse (vgl. Althusser, 1978, 136), dann geht es darum Struktur und Organisation als „Produkt der Vermittlung von Gegenwart und Vergangenheit, von aktueller Erfahrung und bereits vorhandener Theorie, der Vermittlung von im Kampf stehenden Avantgarden mit dem Ganzen der Gesellschaft, mit der Bewegung in der ganzen Welt“ zu verstehen (Il Manifesto, 1970/71, 9f.). Eine solche neue Praxis der Politik, mit dem beschriebenen Organisationsverständnis, zu entwickeln, bedeutet den ernstgemeinten Versuch, an soziale Kämpfe und Bewegungen anzuknüpfen. Die Theorie ist dann nicht mehr das Eigentum der Bürokratie, sondern wird konfrontiert mit den Erfordernissen der Kämpfe und dient der konkreten Analyse der konkreten Situation: Die Wahrheit ist immer konkret! (Lenin).

Es ist richtig festzustellen, dass die sozialen Bewegungen selten Widerhall mit ihren Forderungen in der Sozialdemokratie gefunden haben, was aus dem Verständnis der Partei heraus klar wird. Aber genau darum geht es: Die Massen müssen an dem Korrigieren der Fehler der Partei beteiligt sein (Vgl. Lenin, Werke Bd. 31, 42). Die Aufgaben eines solchen Vorhabens sind es daher die sozialen Kämpfe und Bewegungen in die Partei hineinzutragen, als ihr Bindeglied zu fungieren, ohne ihre Autonomie in Frage zu stellen und die Bruchlinien

in der Partei herzustellen und zu verschärfen. Darüber geht es nicht nur darum, dass nicht nur isolierte Forderungen aufgenommen werden, sondern zu koordinieren um so einen neuen historischen Block zu formieren.

Wenn wir, die vorangegangene Analyse der Sozialdemokratie ernst nehmen und mit diesen Anforderungen konfrontieren, dann wird klar, dass ein großer Teil der SPÖ, gerade der Bürokratie welche so eng mit dem neoliberalen Umbau verwoben ist, sich in einem solchen Projekt nicht wiederfinden kann. Daher drängt sich die Frage auf, wie ein solches neues linksreformistisches Projekt aussehen kann? Eine Beantwortung dieser Frage braucht eben einen solchen Raum außerhalb der sozialdemokratischen Strukturen gemeinsam mit Kräften außerhalb der SPÖ, in dem gemeinsam an Perspektiven gearbeitet wird.

Bibliografie:

Althusser, Louis: Die Krise des Marxismus, Hamburg 1978

Atzmüller, Roland: Wie macht man einer Arbeiterpartei?; In:
www.grundrisse.net/grundrisse04/4Arbeiterpartei.htm, 2002

Ders.: Thesen zu Lage der SPÖ; In: Kurswechsel 3/2009, 102-106

Brand, Ulrich: Grüner New Deal als Magic Bullet in der Krise des neoliberal-imperialen Kapitalismus?; in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 156, 3/2009, 475-481

Ders.: Sozialdemokratische Politik in Zeiten multipler Krisen; In: Die Zukunft, 4/2010

Crouch, Colin: Postdemokratie, Frankfurt a.M. 2008²⁰⁰³

Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte, Bd. 7, Hamburg: Argument.

Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg: VSA-Verlag.

Lenin, Wladimir Iljitsch (um 1960f): Gesammelte Werke [Sämtliche Werke], Moskau: Verlag für politische Literatur.

Poulantzas, Nicos: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg 2002¹⁹⁷⁸

Ders.: Classes in Contemporary Capitalism, 1979¹⁹⁷⁴

Unger, Brigitte. (2001): Österreichs Beschäftigungs- und Sozialpolitik von 1970 bis 2000, in: Albers/Kohl:(2001, Hrsg.): Arbeitsmarkt und Sozialstaat. Ergebnisse einer Konferenz am Hanse-Wissenschaftskolleg in Delmenhorst, Sozialpolitik in Europa Band 8, Wiesbaden, Chmielorz.